



Zur Beachtung!

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.

Beitrag: **Netzpolitik.org: Skandal vorbei?**

Bericht: Peter Onneken, Georg Restle

Datum: 13.08.2015

Georg Restle: „Puff, aus und vorbei. Der große Skandal um Journalisten, Geheimdienste und Landesverrat scheint sich Anfang der Woche in Wohlgefallen aufgelöst zu haben. Der Generalbundesanwalt im Ruhestand, Ermittlungen eingestellt. Skandal vorbei und jetzt ganz schnell Gras drüber wachsen lassen. Nach dieser Devise scheint die Bundesregierung den Skandal jetzt abhaken zu wollen. Kategorie: Sommertheater. Aber ganz so schnell wollen wir den Schlussstrich dann doch noch nicht ziehen. Immerhin geht es hier um einen der größten Einschüchterungsversuche von Journalisten in der Geschichte dieser Republik. Dafür gibt es vor allem einen Verantwortlichen, und der ist immer noch im Amt.“

Das sind die beiden Männer, die unsere Verfassung schützen sollen. Der Verfassungsschutzpräsident und sein Dienstherr, der Innenminister. Welche Rolle spielte Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen wirklich bei der Jagd auf zwei Journalisten? Wollte er wirklich nur Anzeigen gegen Unbekannt erstatten, obwohl die Namen der Journalisten explizit in den Anzeigen aufgeführt wurden? Bis heute hält die Regierung an dieser Version fest.

Tobias Plate, 03.08.2015, Sprecher Bundesministerium des Innern: „Richtig ist, es ist eine Strafanzeige gegen Unbekannt. Damit sind gemeint gewesen in erster Linie, diejenigen, die die Dokumente rausgegeben haben, und alles andere ist sozusagen durch die Justiz zu ermitteln.“

Lag also die Schuld allein bei der Justiz? Beim Generalbundesanwalt? Nein, denn der Verfassungsschutzpräsident machte schon früh klar, dass er vor allem die beiden Journalisten im Visier hatte. Dies geht aus der Abschrift des Rechtsgutachtens hervor, das er selbst in Auftrag

gegeben hat. Resultat: Landesverrat, begangen durch die beiden Blogger von netzpolitik.org.
Begründung:

Zitat: „zahlreiche ausländische Nachrichtendienste“

hätten von Staatsgeheimnissen erfahren, weil

Zitat: „die entsprechende Seite [...] auch in englischer Sprache abrufbar ist.“

Gerhart Baum, FDP, Bundesinnenminister a.D.: „Lächerlich. Mein Gott, wenn ausländische Dienste etwas zur Kenntnis nehmen, dann können sie das selber übersetzen. Das Gutachten ist von vorne bis hinten fadenscheinig. Es konnte nie und nimmer die Grundlage für ein Ermittlungsverfahren sein. Der Maaßen wusste ganz genau, dass die Konzentrierung auf Landesverrat der Brandsatz war, der die Sache in Bewegung gesetzt hat.“

Warum aber fuhr Verfassungsschutzpräsident Maaßen das schärfste Geschütz Landesverrat auf? Auch dafür gibt es eine Erklärung: Nachdem im Jahr 2005 gegen Journalisten des Magazins Cicero wegen Geheimnisverrats ermittelt wurde, urteilte das Bundesverfassungsgericht unmissverständlich: Das Grundrecht der Pressefreiheit erlaubt es Journalisten Geheimnisse zu veröffentlichen. Sie begehen eben keinen Geheimnisverrat. Dieses Urteil kannte Maaßen. Um das Grundrecht der Pressefreiheit quasi auszuschalten, musste es die schärfere Waffe Landesverrat sein. Koste es, was es wolle.

Hans-Christian Ströbele, (Bündnis 90/Die Grünen) Mitglied des Deutschen Bundestages: „Hier war der Versuch da, dass jemand mit der Keule des Landesverrats und des Verrats eines Staatsgeheimnisses ganz neue Maßstäbe setzen wollte und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Cicero-Verfahren praktisch ausschalten wollte.“

Also ein Verfassungsbruch, geplant von dem Mann, der unsere Verfassung eigentlich schützen soll? Und das Ganze ohne Wissen des Bundesinnenministers?

Tobias Plate, Sprecher Bundesministerium des Innern: „Von dem Ermittlungsverfahren, das hier im Raum steht gegen die beiden Herren, hat der Minister aus der Zeitung erfahren.“

Reporterin: „Ist es denn glaubwürdig, dass der Minister nicht informiert wird?“

Gerhart Baum (FDP), Bundesinnenminister a.D.: „Ich kann das nicht bezweifeln. Aber was ist im Innenministerium los, wenn solche Dinge nicht nach oben gemeldet werden?“

Der Verfassungsminister ahnungslos? Sein oberster Verfassungsschützer jedenfalls hemmungslos. Wer so mit Grundrechten umgeht, der sollte mit dem Schutz unserer Verfassung nichts mehr zu tun haben.

Georg Restle: „Ich persönlich habe jedenfalls eine ganz klare Meinung dazu. Solange dieser Verfassungsschutzpräsident noch im Amt ist, solange kann dieser Skandal auch nicht zu den Akten gelegt werden.“